

# Beilage zur „Solidarität“

Nr. 18.

Berlin, den 8. September 1906.

12. Jahrgang.

## Fürther Brief.

Bei uns schien es im Anfang der Aussperrung, als sollte die Bewegung an uns spurlos vorübergehen; doch da die bösen Drucker, die seinerzeit den Tarif nicht angenommen, garnicht umfielen und sich wohl fühlten in der ihnen von Kapitalagnaden gewährten Urlaubszeit, mußte man doch auf Ersparnis der Betriebskosten finnen. Allen voran die Firma Hesse, die zuerst das Hilfspersonal entließ, begann, diesem kündigte mit der Bemerkung, es sei augenblicklich keine Arbeit mehr vorhanden, aber es könne ja auf alle Fälle nicht mehr lange dauern und die Gehilfen müßten zu strengen kriechen.

Bei der Firma Bing wurden nur einige Kolleginnen in den letzten Wochen entlassen. Die Firma war so vorsichtig, sich ihr geübtes Personal zu erhalten. Am vorichtigsten zeigte sich aber die bekannte Scharfmacherfirma Löwensohn, da sich dieselbe ihre Drucker durch vierteljährliche Kontrakte gesichert hatte und infolgedessen nicht von der Aussperrung berührt wurde; somit konnte sie auch ihr Hilfspersonal beschäftigen. Es gelang uns, die Kolleginnen in anderen Betrieben unterzubringen, so daß am Ende der Aussperrung nur noch 8 Kolleginnen der Firma Hesse zu unterstützen waren, die wir nun als gemahregelt betrachten müssen, da die Firma sich weigert, dieselben wieder einzustellen, trotzdem die meisten jahrelang bei der Firma beschäftigt waren, aber zum Leidwesen des Herrn Hesse auch dem Verbands angehören. Die Verwaltung wurde vorstellig, aber ohne Erfolg. Herr Hesse markierte den Herrn im Laufe, was um so merkwürdiger ist, als er bisher doch „nur to legen“ hatte, sondern der Herr Doktor in Berlin. Herr Hesse war sogar von dem Herrn besungen, daß, wenn wir gegen ihn vorgehen, seine Kollegen sofort wieder aussperrten würden. Er warf dann dem Vertreter unserer Organisation noch vor, daß er von den Großeshen der Arbeiter lebe usw. Nun, unser Vertreter ist ja so anständig erzogen, daß er nicht mit gleicher Münze bezahlte, wenn auch so mancher Unternehmer — nur durch Arbeitergroßeshen, die er in Gestalt niedriger Löhne seinen Arbeitern vorenthalten hat, reich geworden ist. Die Trobung mit der abermaligen allgemeinen Aussperrung ist lächerlich. Wenn bisher in anderen Firmen etwas erreicht wurde, hieß es immer: „Sorgen Sie dafür, daß auch die Verhältnisse bei Hesse besser werden; denn dort sind die schlechtesten Löhne!“ Nun, wir werden dafür Sorge tragen, daß es besser wird.

Vor der Aussperrung verpflichtete sich das Hilfspersonal, auf Anregung der Drucker, während der Aussperrung keine Ueberstunden zu machen. Betont wurde immer, daß nun endlich einmal mit dem Anzug des permanenten Nacharbeitens gebrochen werden solle. Damit war auch das Hilfspersonal zufrieden. Und nun, nach der Wiederaufnahme der Arbeit, glaubten einzelne Drucker ihre unumwandelbare Irene nicht besser zum Ausdruck bringen zu können, als am ersten Abend Ueberstunden zu machen. Bei der Berichterstattung in Nürnberg erklärte der Delegierte, daß selbst Herr Dr. Gerschel gesagt habe, man könne den Leuten nicht zumuten, Ueberstunden zu machen, bis die Verhältnisse geregelt seien. Eine Resolution wurde in diesem Sinne angenommen. Doch man hat auch in Nürnberg nur mit Wasser gelöscht; denn auch dort wurden in der ersten Woche Ueberstunden gemacht. Wie vieler Aussperrungen wird es noch bedürfen, ehe die Erkenntnis kommt?

eine Ausgabe von 1 606 534 Mk. und im Jahre 1900 hatten die 58 Verbände, von denen Bericht vorlag, eine Ausgabe von 8 088 021 Mk. In der Zeit von 1891 bis einschließlich 1905 verausgabten die Verbände 111 197 616 Mk. Von dieser Summe entfielen auf Rechtschutz, Unterstüßungen und das Verbandsorgan 43 113 394 Mk., und zwar wurden in dem genannten Zeitraum verausgabt für: Rechtschutz 1 124 907 Mk., Gemahregeltenunterstützung 2 317 911 Mk., Reiseunterstützung 6 455 899 Mk., Arbeitslosenunterstützung 10 356 261 Mk., Krankenunterstützung 9 717 365 Mk., Invalidenunterstützung 1 395 015 Mk., Beihilfe in Not- und Sterbefällen 2 853 797 Mk., zusammen 34 225 146 Mk. Für das Verbandsorgan wurden 8 888 348 Mk. verausgabt. Damit ist die überaus regenreiche Tätigkeit der Gewerkschaften erwiesen. Jedoch haben sie sich nicht etwa damit begnügt, die Mitglieder in Notfällen ergriffenmäßig zu erhalten, sondern sie haben mit aller Energie dahin gewirkt, der Arbeiterschaft eine bessere Lebenshaltung zu erringen. Das beweisen die enormen Aufwendungen für die Streiks und Aussperrungen. Von 1891 bis einschließlich 1905 wurden hierfür 33 120 243 Mk. verausgabt. Daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände in den letzten Jahren, wie vielfach behauptet wird, den Kämpfen aus dem Wege gehen, wird widerlegt durch die Steigerung der Ausgaben für Streiks und Aussperrungen. Diese betragen von 892 bis 1897 unter 1 Million Mark pro Jahr, stiegen 1898 auf etwas über 1 Million Mark, im Jahre 1900 auf fast 2 1/2 Millionen Mark und sanken in den nächsten beiden Jahren auf etwas unter 2 Millionen Mark. Dann steigerten sie sich im Jahre 1903 auf 4 1/2, 1904 auf fast 6 und 1905 auf 9 1/2 Millionen Mark. Diese Zahlen beweisen, wie wenig die Gewerkschaften, trotz Ausbau der Unterstüßungseinrichtungen, ihre wichtigste Aufgabe, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen hintenanzusetzen.

Die Ausgaben für die einzelnen Zweige gewerkschaftlicher Tätigkeit im letzten Jahre zeigt die folgende Aufstellung:

Organisationen		
Verbandsorgan	64	1 418 897 Mk.
Agitation	64	1 805 132 "
Streiks im Beruf	55	9 149 708 "
Streiks in anderen Berufen	62	524 898 "
Rechtschutz	57	811 289 "
Gemahregeltenunterstützung	47	486 765 "
Reiseunterstützung	44	712 820 "
Arbeitslosenunterstützung	41	1 891 924 "
Krankenunterstützung	38	1 920 689 "
Invalidenunterstützung	7	278 960 "
Beihilfe in Sterbefällen	41	328 676 "
Beihilfe in Notfällen	42	296 128 "
Umgangskosten	39	175 551 "
Stellenvermittlung	14	12 896 "
Bibliotheken	27	87 256 "
Sonstige Zwecke	61	1 087 745 "
Konferenzen und Generalversammlungen	56	812 798 "
Beitrag an die Generalkommission	62	182 440 "
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	38	224 984 "
Projektkosten	19	8 920 "
Gebälter	69	466 856 "
Verwaltungsmaterial	68	542 064 "

Die Unterstüßungseinrichtungen sind in den letzten Jahren bei vielen Verbänden neu eingeführt und da, wo sie bestanden, weiter ausgebaut worden. Reiseunterstützung zahlten 1905 49 Verbände, gegen 46 im Jahre 1904; Arbeitslosenunterstützung 41, gegen 38 im Jahre 1904 und 30 im Jahre 1903. Krankenunterstützung 40 (1904: 31, 1903: 21), Invalidenunterstützung 6 (1904 und 1903: 5); Unterstüßung in Sterbefällen 43 gegen 39 Verbände im Jahre 1904.

Die Arbeitslosenunterstützung, gegen deren Zweckmäßigkeit als gewerkschaftliches Stempelmittel sich auf dem Gewerkschaftskongress 1896 eine große Minorität aussprach, wird immer mehr in den Gewerkschaften, selbst in denen des Bauberufes, eingeführt. Im Jahre 1905 hatten 41 Organisationen (ausschließlich des Werftarbeiterverbandes, der sich am 1. Oktober 1905 auflöste) die statutarische Arbeitslosenunterstützung. Von diesen haben zwei, die Schiffszimmerer und die Zimmerer, im Jahre 1905 noch keine Unterstüßung ausbezahlt. In einigen Organisationen begann der Bezug der Unterstüßung erst im Laufe des Jahres; so daß nur eine verhältnismäßig geringe Summe zur Auszahlung gelangte. In 41 Organisationen (darunter der Verband der Werftarbeiter und der der Steinleger, in dem die Unterstüßung nicht statutarisch ist und der 1158 Mk. für diesen Zweck verausgabte) wurden im Jahre 1905 insgesamt 1 991 924 Mk. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die Organisationen, welche Unterstüßung auszahlten, hatten zusammen 866 000 Mitglieder, so daß pro Kopf der Mitglieder eine Ausgabe von 2,30 Mk. entstanden ist. Die Belastung der Mitglieder mit der Ausgabe für diese Unterstüßung ist in den einzelnen Organisationen überaus ungleich. Die Berechnung wird auch beeinflusst dadurch, daß einzelne Arbeitslosenunterstützung zahlende Verbände im Jahre 1905 eine große Mitgliederzunahme hatten. Die Bergarbeiter, die pro Kopf nur 3 Pf. für Arbeitslosenunterstützung verausgabten, gewannen 24 378 Mitglieder, die Fabrikarbeiter mit 16 Pf. Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf hatten eine Mitgliederzunahme von 25 089. In beiden Verbänden kam außerdem die Arbeitslosenunterstützung im Berichtsjahre zum ersten Male zur Auszahlung. Ebenso bei dem Verband der Portefeuillier, der 6 Pf. pro Kopf der Mitglieder für Arbeitslosenunterstützung verausgabte. Die Mitgliederzahl dieses Verbandes erhöhte sich von 2507 im 4. Quartal 1904 auf 3679 im 4. Quartal 1905.

In den Organisationen, die nicht eine prozentual so bedeutende Mitgliederzunahme hatten und bei denen die Arbeitslosenunterstützung seit vielen Jahren eingeführt ist, sind die Ausgaben für diesen Unterstüßungszweig ganz enorm höher. So zahlten 1905 pro Kopf der Mitglieder an Arbeitslosenunterstützung: Bildhauer 13,40 Mk., Buchdrucker 10,78 Mk., Putzmacher 8,13 Mk., Lithographen 6,20 Mk., Glaser 6,04 Mk. und Rotenbacher 5,89 Mk. Das ist eine enorme Belastung der Mitglieder, jedoch muß sie ertragen werden, weil für die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung ein Stempelmittel ist. Um die errungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen sich zu erhalten, müssen die Gewerkschaften durch Gewährung von Unterstüßung das gegenseitige Unterbieten der Arbeiter zu verhindern suchen, um dauernd den Arbeitsmarkt zu beherrschen. Aus diesem Grunde wird es zeitweilig notwendig, die Unterstüßung über das statutarisch vorgeschriebene Maß auszuweiten. So wurden im Jahre 1902 von den Handschuhmachern 16,18 Mk. pro Kopf der Mitglieder an Arbeitslosenunterstützung gezahlt, während 1898 nur 2,48 und 1905 nur 3,38 Mk. hierfür verausgabt wurden. Der beabsichtigte Zweck wurde damals erreicht, und um ihren Zweck zu erreichen, eine Herabdrückung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der ungünstigen Konjunktur zu verhindern, nehmen die Gewerkschaftsmitglieder die Lasten für die Arbeitslosenunterstützung auf sich. Sie erfüllen damit gleichzeitig eine Pflicht der Solidarität gegen ihre in Not geratenen Kollegen und nehmen schließlich dem Staat und der Gemeinde nicht unerhebliche Lasten ab, wofür diese ihnen damit lohnen, daß sie versuchen, der Entwicklung der Gewerkschaften Hindernisse zu bereiten. Bei dem Verlust bleibt es, denn unaußsahlosam entwickelt sich die Bewegung weiter und wird ihr reichlich Teil dazu beitragen, die Arbeiterschaft auf wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft zu befreien.

Es zahlten im Jahre 1905 an Arbeitslosenunterstützung:

## Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

II.

Die Jahresausgabe stellte sich im Jahre 1905 in den 64 Verbänden, die der Generalkommission angeschlossen sind, auf 26 024 284 Mk. Im Jahre 1891 hatten die 58 Verbände, die Berichte erstatteten,

## Korrespondenzen.

	In Ver- bänden	Mit Mit- gliedern	Insgesamt M.	Pro Kopf der Mit- glieder M.
Zentralverbände	41	866000	1991924	2,30
Hirsch-Dundersche Gewerksvereine	16	115717	195746	1,67
Christl. Gewerks- schaften	12	120615	13571	0,11

\* und Reiseunterstützung.

Nun könnte man aber sagen, vielleicht nicht bei der Arbeitslosenunterstützung, sondern im sonstigen Unterstützungsweisen sind die „friedliche“, „nationale“ und „christliche“ Anschauungen pflegenden Gewerkschaftsvereinigungen den Zentralverbänden voraus. Vielleicht gewähren sie ihren Mitgliedern auch einen größeren Rechtschutz und dergleichen. Aber auch hier stehen „Christliche“ und „Hirsch-Dundersche“ hinter den Gewerkschaften zurück. Nehmen wir alle Unterstützungen, die in diesen Organisationsgruppen gezahlt sind, zusammen, wobei allerdings die Krankenunterstützung und Begräbnisunterstützung auscheiden muß, weil diese bei den „Hirsch-Dunderschen“ aus besonderen Kassen und nicht von den Gewerksvereinen geleistet wird, und rechnen die Ausgabe für Rechtschutz dazu und dividieren die Summe durch die der gesamten Mitgliederzahl, so erhalten wir folgendes Bild:

Es verausgabten im Jahre 1905:

	Mit- glieder- zahl	Für Rechtschutz und Unter- stützungen		Für Aus- sperrungen, Streiks und Gemasregeln	
		Insgesamt M.	pro Kopf der Mitglieder M.	Insgesamt M.	pro Kopf der Mitglieder M.
Zentralverbände	1344803	3781622	2,79	10160859	7,56
Hirsch-Dundersche Gewerksvereine	117097	276338	2,36	286649	2,45
Christl. Gewerks- schaften	188108	173168	0,92	1000320	5,32

Da in einigen größeren Zentralverbänden das Unterstützungsweisen wenig entwickelt ist, so kommen die Zentralverbände bei einer solchen Rechnungsmethode schlechter weg, als besonders die „Hirsch-Dunderschen“. Aber trotzdem bleiben diese noch recht nennenswert und die „Christlichen“ wiederum ganz gewaltig hinter den Zentralverbänden zurück.

Und gar bei der Streikunterstützung. Den „Christlichen“ verfaßt der Bergarbeiterstreik zu ihrer großen Streikausgabe pro Kopf der Mitglieder. Der christliche Bergarbeiterverband setzte 436 445 M. als Ausgabe für den Streik und für Gemasregeln in seine Abrechnung ein, während bei dem Bergarbeiterverband nur 20 000 M. für Streikunterstützung und 15 188 M. als Unterstützung für Gemasregeln eingestellt sind. Ob unter der von den „Christlichen“ verrechneten Summe sich auch die Ausgaben aus den Erträgen der Sammlungen befinden, läßt sich nicht feststellen. In die Einnahmen sind bei dem christlichen Bergarbeiterverband 380 414 M. Extrabeiträge eingestellt, eine verdächtig hohe Summe gegenüber der Jahreseinnahme von 492 957 M. an regelmäßigen Beiträgen. Während des Streiks konnten diese Extrabeiträge doch nicht gezahlt werden, sofern man nicht als „Extrabeiträge“ rechnet, was man von anderen Personen und Vereinigungen, aber nicht von den Mitgliedern erhält. Sollten die Mitglieder nach dem Streik diese große Summe an Extrabeiträgen aufgebracht haben?

Aber, gleichviel, sollte hier auch kein Rechnungsfuß vorliegen, so bleiben doch die „Christlichen“ und gar erst die „Hirsch-Dunderschen“ bezüglich geleisteter Unterstützung für Streiks, Aussperrungen und Gemasregeln weit hinter den Zentralverbänden zurück.

Die Fortschritte, welche unsere Zentralverbände sowohl bezüglich der Ausdehnung, wie der inneren Festigung im letzten Jahre wieder machten, läßt uns nicht zweifelhaft erscheinen, daß das Feld über kurz oder lang den auf dem Boden der modernen Arbeiterschaft stehenden Gewerkschaften gehören wird.

**Frankfurt a. M.** Versammlung vom 12. August. Nachdem das Protokoll verlesen, erteilte Kollege Stahl den Geschäftsbericht. Auch erwähnte er, daß die Kollegen im Interesse der Ausgewerkschten mehr freiwillige Opfer bringen möchten durch Entnahme von Streifenmarken. In einem klaren, wohlüberdachten Vortrage schilderte Kollege Schaub die Gewerkschaftsbewegung. Da Kollege Hans Heinlein zum Militär eingezogen ist, wird das Amt eines Martelldelegierten, zu welchem sich niemand meldete, Kollege Stahl vorläufig übernehmen. Sodann bemerkte Kollege Eiser, daß er nach einer Krankheit, als er sich wieder im Geschäft meldete, die Kündigung erhielt. Kollege Eiser, der bei der Firma Osterich beschäftigt ist, glaubt, da er der Lohnkommission angehört, gemasregelt zu sein. Diese Angelegenheit wurde einer Geschäftsversammlung der betreffenden Firma überwiegen. Der Unterkassierer Kollege Staudach soll aufgefordert werden abzurechnen. Kollege Gemppert erwidert die Kolleginnen und Kollegen, mehr Interesse für das Stützungsfeld zu zeigen und die freiwilligen Geschenke für die Tombola bis zum 15. September an Kollegen Gemppert, Bornheimer Landstraße 38, abzugeben. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Leipzig.** Die am 18. August stattgefundene halbjährliche Generalversammlung beschäftigte sich zunächst mit dem Geschäftsbericht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken der verstorbenen Kollegin Luise Wille in üblicher Weise. Hierauf gab Kollege Schulze den Bericht für das Quartal 1. Januar bis 30. Juni 1906. In diesem Zeitraum haben 7 Mitglieder und 108 Geschäftsversammlungen stattgefunden; außer diesen machten sich 67 Sitzungen mit den verschiedensten Kommissionen nötig. Neuaufnahmen waren 1161 zu verzeichnen, leider mußten auch 180 Personen wegen Beitragsresten gestrichen werden, sodas ein Mitgliederbestand von 2218 Personen, und zwar 1612 weibliche und 606 männliche vorhanden ist. Von der Aussperrung der Steindrucker und Lithographen waren 270 Personen in Mitleidenschaft gezogen worden, welche während der 11 Wochen mit annähernd 12 000 M. unterstützt werden mußten. Doch sind schon wieder nach der teilweise Beilegung dieses Kampfes hier am Orte gegen 200 untergebracht. Kollege Schulze schließt seinen Bericht mit dem Hinweis, daß dieses Quartal für die Verwaltung ein sehr arbeitsreiches gewesen sei, doch sei diese Tätigkeit auch mit dem Erfolg gekrönt gewesen, daß eine nicht geahnte Mitgliederzunahme stattgefunden habe, sodas er an alle Anwesenden die Aufforderung richtete, diese Neugewonnenen durch Aufklärung und Belehrung in die gewerkschaftlichen Organisationsgedanken einzuführen. Den Kassenbericht gab Kollege Wolske. Die Einnahmen betragen 10 365,25 M., die Ausgaben 9151,45 M. Auf Antrag der Revisoren wurde sodann dem Kassierer Dedarge erteilt. Hierauf wird einem von der Anstellungscommission ausgearbeiteten Anstellungsvertrag für den Kollegen Schulze einstimmig zugestimmt. Ueber einen vom Kollegen Glas eingegangenen Antrag, in welchem beantragt wurde, alle, welche länger als 3 Wochen mit den Beiträgen rückständig sind, in der „Solidarität“ fortlaufend zu veröffentlichen, entspann sich eine sehr lebhaft debattierte, bei welcher der Kollege Seidel den Standpunkt der Verwaltung in dem Sinne vertrat, daß es unmöglich sei, die Verbandszeitung in solcher Weise zu belasten und daß diese Maßregel gegen das Statut verstoße, indem dasselbe gestatte, 4 Wochen Beitragsreste zu haben. Nach Ablehnung dieses Antrages wird ein solcher vom Kollegen Kerschmar angenommen, alle wegen Resten ausgeschlossenen Mitglieder in der „Solidarität“ und auf dem Wochenzettel zu veröffentlichen. Kollege Schulze begründet hierauf einen Antrag der Verwaltung, die Unterstützungsätze bei Arbeitslosigkeit vom 1. Oktober d. J. ab zu erhöhen und zwar sollen Mitglieder der 1. Klasse nach 52 Wochenbeiträgen pro Woche 4,80 Mark, nach 104 Wochenbeiträgen 6,— M., nach 156 Wochenbeiträgen 7,20 M.; in der 3. Klasse nach 52 Wochenbeiträgen 6 M., nach 104 Wochenbeiträgen 7,20 M., nach 156 Wochenbeiträgen 8,10 Mark inkl. Vorkaufschlag erhalten, welcher einstimmig angenommen wurde. Sodann führt Koll. Herrmann den Anwesenden die Notwendigkeit der Anstellung eines zweiten Beamten als Kassierer vor Augen, mit der Begründung, daß durch das Anschwellen der Mitgliederzahl und die damit verbundene vermehrte Agitationsarbeit, sowie Kassenangelegenheiten nicht mehr von einer Person und letzteres nicht mehr als Nebenamt ausgeführt werden könne, da namentlich durch die Beschlüsse der Agitationsleiterkonferenz die Verwaltung der Leipziger Zeitstelle verpflichtet sei, in einem gewissen ihr zugewiesenen Bezirk die Agitation zu betreiben; andern-

falls der gewaltige Geldverkehr, der sich über annähernd 22 000 M. im Jahre erhöht habe, die volle Arbeitskraft einer Person in Anspruch nehme. Die Kosten für diese Neuerung würden ja jetzt schon in annähernd gleicher Höhe in Form von prozentualer Entschädigung des Kassierers, sowie Vergütung im Bureau und für Stellvertretungen ausgegeben. Würde man hierzu noch etwas drauflegen, dann hätte man das Gehalt für diesen zweiten Beamten und somit wenigstens eine Person, die ihre volle Arbeitskraft der Zeitstelle zur Verfügung stelle, welches unter den eingetretenen Verhältnissen ganz besonders nötig sei; nachdem noch einige Redner sich im Prinzip für diese Anstellung ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Anwesenden sind durch die Begründung des Kollegen Herrmann von der Notwendigkeit der Anstellung eines zweiten Beamten überzeugt, im besonderen, da die Kostendeckung durch Rechnungsbücherei geregelt ist. Die Generalversammlung beauftragt deshalb das heutige Bureau, zur geeigneten Zeit diesen Vorschlag auszuschreiben und zur nächsten Monatsversammlung drei Kandidaten zur engeren Wahl vorzuschlagen. Die Auswahl der Kandidaten hat die Anstellungskommission zu treffen.“

Des weiteren wurden als Hauskassierer die Kolleginnen Berger, Herold, König, Krause, Quasborn und Weibe sowie die Kollegen Weier, Kunst, Paul, Nicolais, Sondermann und Schneider gewählt. Ebenso traf man die Wahl eines Sommerfestkomitees, auch war eine Nachwahl für die Verwaltung vorzunehmen, da Koll. Kerschmar sein Amt niedergelegt und an dessen Stelle Koll. Weier einstimmig gewählt wurde. Unter Gewerkschaftlichem leitete Koll. Schulze mit, daß bei Trentler, sowie Röder die Gehälter die Arbeit wegen einiger Differenzpunkte, die in einer Sitzung mit dem Schupverbandsvorstand geregelt werden sollen, noch nicht aufgenommen haben. Er gebt sodann auf das gegenseitige Einvernehmen der Bruderorganisation ein, wobei er bemerkt, daß das Verhältnis mit der Buchdruckerorganisationsleitung und den Maschinenmeistervereinsvorstand ein sehr kollegiales sei, so daß sich unsere Verwaltung sowie die genannten Organisationen in einer gemeinsam abgehaltenen Sitzung dahin geeinigt haben, eine Erklärung in dem „Korrespondent“ sowie der „Solidarität“ zu veröffentlichen, in der zum Ausdruck kommen soll, daß das in dem von unserem Hauptvorstand ausgegebenen Rechenschaftsbericht geschilderte Verhältnis zwischen Buchdruckern und Dispersional auf Leipzig nicht zutrefte. Dagegen sei zu beobachten gewesen, daß während der Aussperrung verschiedene Steindrucker sich uns gegenüber Übergriffe erlaubt haben, die wohl nicht mit Einverständnis der örtlichen Bundesverwaltung gesehen seien, aber doch von weittragender Bedeutung wären, so daß es nötig sei, sie in einer gemeinsamen Aussprache zu regeln; er stelle darum den Antrag, der Senefelder Bundesverwaltung der Zeitstelle Leipzig anheim zu geben, demnächst eine gemeinsame Versammlung stattfinden zu lassen, in der diese Vorkommnisse geregelt werden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Hierauf schloß Koll. Herrmann mit einer Aufforderung zur Einhaltung des bestehenden Bierboykotts, die von annähernd 500 Personen besuchte Versammlung.

**Hamburg.** Versammlung vom 18. August. Aus der Abrechnung vom 2. Quartal ist hervorzuhelien, daß in unserer Zeitstelle 208 männliche und 338 weibliche Mitglieder vorhanden sind. Die Wahl eines 2. Vorsitzenden wurde vertagt, da der hierfür in Aussicht genommene Kollege Warner ablehnte. Auch der dritte Punkt: „Wie stellen sich unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Ort?“ wird vertagt. Die Revisoren bestätigten den Kassenbericht als richtig und wurde dem Kassierer Dedarge erteilt. Betreffs Arbeitsnachweis führt Kollege Weyer an, daß trotz des strengen Verbotes, den Zunachsnachweis nicht zu benutzen, die Kolleginnen Blum und Wiesel dies doch getan haben. Dieses Verhalten wird scharf kritisiert und wurden die Betroffenen aufmerksam gemacht, daß sie im Wiederholungsfall ohne weiteres den Ausschluss zu erwarten haben. Nordmann erucht, darauf zu achten, daß auch in Geschäften, die unseren Nachweis prinzipiell nicht benutzen, unsere Mitglieder Eingang finden; werden in solchen Geschäften Stellen frei, müssen diese sofort unserem Arbeitsnachweis gemeldet werden. Da noch verschiedene alte Restanten mit Vorkäufen und sonstigen Geldern im Rückstand sind, soll gegen dieselben mit aller Strenge, event. gerichtlich, vorgegangen werden. Nach Erlebigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.